

2023

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Nordwestmecklenburg**

Hallo Nordwestmecklenburg!



Foto: Ulrike Winkler

Claudia Tamm
Fraktionsvorsitzende

Auszugsweiser Rückblick der bündnisgrünen Kreistagsfraktion im Landkreis Nordwestmeck- lenburg auf das Jahr 2023

Kaum ein Thema hat unsere Kreistagsfraktion 2023 so sehr bewegt, wie die **Situation der Geflüchteten** in unserem Landkreis. Der Januar begann mit einer Sondersitzung des Kreistages um die Finanzierung der Wohncontainer sicherzustellen.

Von Anfang an waren wir gegen die Größe der geplanten **Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Upahl**, widersprachen der Alternativlosigkeit, die der Landrat stets hervorhob und bemängelten die fehlende Transparenz im Umgang mit den Bürgern und Gemeinden, die dann auch zu größeren Protesten im Landkreis führte. Die einzige Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete befindet sich in Wismar und ist, gemessen an der Größe des Landkreises zu klein. Der Krieg in der Ukraine sorgte für hohe Zahlen aus dem Kriegsgebiet, ohne dass die Zahlen der Geflüchteten aus anderen Ländern zurückgingen und es kam zum Mangel an Wohnungen für Geflüchtete, so dass niemand aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen konnte. Die Lage ist nach wie vor angespannt, auch wenn die temporären Gemeinschaftsunterkünfte in Upahl und Warin zwischenzeitlich bezogen wurden.

Im Juni 2023 stellten wir eine **Anfrage zur Umsetzung naturschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen** im Landkreis. Dabei stellte sich heraus, dass lediglich die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen kontrolliert wird, jedoch im Anschluss dann nichts mehr.

Im Juli 2023 beschloss der Kreistag eine Neufassung der **Gebührenordnung der Kreismusikschule (KMS)**. Zuletzt wurden die Gebühren 2017 angepasst und eine erneute Anpassung hätte spätestens 2021 erfolgen müssen. Dies wurde leider versäumt und 2023 wurde eine Erhöhung um bis zu 43% notwendig, was natürlich Eltern und Schüler hart traf.

Gleichzeitig mit der Gebührenordnung wurde die **Honorarsatzung der KMS** überarbeitet und die Lehrkräfte bekommen endlich die Fahrtkosten zwischen den verschiedenen Unterrichtsorten der KMS erstattet.

Ein Höhepunkt in diesem Jahr war wieder einmal die Teilnahme des Landkreises an der Aktion **Stadtradeln**. Mit 9 Team-Mitgliedern belegten wir Platz 17 und erradelten 2.254 km. Insgesamt nahmen in diesem Jahr 595 aktive Radelnde in NWM teil und vermieden so 21 Tonnen CO₂.

Unsere **Fraktionsklausur 2023** zur Organisation und Planung fand am 7. Januar 2023 in Fahren statt. Wir berieten über die Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages, die Möglichkeiten endlich Prinzipien des nachhaltigen Bauens im Kreis zu etablieren und unser Dauerthema den ÖPNV.

Um im Kreis heranzukommen und **Themen vor Ort aufnehmen** zu können, tagten wir mit der Kreistagsfraktion im April in Dambeck und im August in Teplitz bei Nordwolle.

In **Dambeck** informierte uns beispielsweise Rico Griese vom **Verein Schatzhüter e.V.** über die Vogelschutz- und Wiederansiedlungsmaßnahmen des Vereins, in **Teplitz** hörten wir bei **Nordwolle** von den Problemen der Arbeitgebenden mit Jobcenter und Ausländerbehörde.

Eingeladen in die Fraktion haben wir im Laufe des Jahres den Verein der **Tagesmütter des Landkreises**, die **Küstenfischer** und **Vertreter der Astrid-Lindgren-Schule**, um uns mit ihnen zu aktuellen Problemen und eventuellen Lösungsmöglichkeiten auszutauschen.

Jedes Gespräch war eine Bereicherung für uns und bestätigte uns in unserer kommunalpolitischen Arbeit.

C. Tamm

Verwaltung des Landkreises Nordwestmecklenburg Verwaltungschef Landrat

Die Fraktionen stellen **Anfragen und Anträge**, die vom Kreistag beantwortet bzw. mit allen Kreistagsmitgliedern abgestimmt werden und deren (Nicht)-Umsetzung somit vorab diskutiert und dann beschlossen wird

Die **Verwaltung mit dem Landrat als Verwaltungschef des Kreises** ist dazu verpflichtet, die **Beschlüsse**, die im Kreistag gefasst werden **umzusetzen** und die **Anfragen** aus Fraktionen und von Einwohner:innen zu **beantworten**

Kreistag – Zusammensetzung aus Kreisverwaltung und gewählten Kreistagsmitgliedern

Die Fraktionen tragen Ideen und Beschlüsse an die Verwaltung heran, welche diese dann umsetzen muss, wenn die Mehrheit des Kreistages zustimmt. Im Grunde ist der **Kreistag, zusammengesetzt aus den gewählten Kreistagsmitgliedern**, ein kontrollierendes und die Interessen der Bürger:innen vertretendes Gremium. Außerdem werden Vertreter:innen des Kreistages in verschiedene Verbandsversammlungen und Aufsichtsräte delegiert

Auf Kreisebene werden folgende Themenbereiche abgedeckt, diskutiert und umgesetzt: Bau und Liegenschaften, Bildung, Jugend und Soziales, Sportförderung, Entwicklung des ländlichen Raumes und Landwirtschaft, Klimaschutz, Mobilität, Modernisierung der Verwaltung.
Weitere Information kann man im Bürgerinfoportal des Kreises finden

Bündnisgrüne Fraktion im Kreistag Nordwestmecklenburg gewählte Kreistagsmitglieder und sachkundige Einwohner

Der **Kreisverband** setzt sich aus allen Mitgliedern der Bündnisgrünen Partei des jeweiligen Kreises zusammen. Einige dieser Mitglieder kandidieren für den Kreistag, um hier politische Entscheidungen mitbestimmen und Ideen einbringen zu können. Wenn mindestens **4 Kreistagsmitglieder** in den Kreistag gewählt werden, **können sich** diese **für die politische Arbeit im Landkreis zu einer Fraktion zusammenschließen**

Gewählte Kreistagsmitglieder und vereidigte **Sachkundige Einwohner:innen** sind in den verschiedenen **politischen Gremien** bzw. **sachgebietsspezifischen Ausschüssen** Mitspracheberechtigt und können so Entscheidungen im Kreis mit beeinflussen und abstimmen. Die **Fraktionen** brauchen **Eure Themen** und Probleme, damit sie diese in den Kreistag einbringen und **Veränderungen** anstoßen können. **Kommt gern vorbei !**

Bündnisgrüner Kreisverband Nordwestmecklenburg Parteimitglieder

Upahl – und wie weiter?

Seit Anfang des Jahres wird die öffentliche Debatte durch das Thema der Migration und die Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Geflüchteten in unserem Landkreis bestimmt.

Wir als Kreisgrüne folgten im Kreistag NWM stets den Empfehlungen des Flüchtlingsrates MV und der Experten der Sozialen Verbände, die Gemeinschaftunterkünfte (GUs) mit einer maximalen Belegungsgröße von 200 Personen empfehlen, weil bei dieser Größe erfolgreiche Integrationsarbeit leistbar ist und die gute, konfliktfreie Unterbringung der Geflüchteten garantiert werden kann.

Nicht zuletzt hätte man bei der empfohlenen Größe auch eine bessere Akzeptanz bei der Bevölkerung vor Ort zu erwarten gehabt. Der unprofessionelle und fahrlässige Umgang der Verwaltung des Landkreises NWM und Landrat Herrn Schomann an der Spitze, mit der Unterbringungsproblematik und dem Vorhaben in Upahl eine GU mit ursprünglich bis zu 400 Geflüchteten einzurichten, hat zwangsläufig zu breiten Protesten in der Bevölkerung geführt.

Inzwischen ist die Atmosphäre so vergiftet, dass eine sachliche Debatte in der Öffentlichkeit kaum noch möglich ist. Der Landrat hat sich in den letzten Monaten wenig bis gar nicht um die Vermittlung des durchaus schwierigen Themas bemüht. Von Anfang an hat er sich selbst als Opfer der Bundespolitik inszeniert und die Proteste für die bundespolitischen Ziele der CDU genutzt.

Zielführender im Sinne eines gesellschaftlichen Zusammenhalts wäre es, nicht bundespolitisch zu agieren, sondern für die anstehenden Probleme eine Lösung in der Region zu suchen und zu moderieren. Die Errichtung eines tatsächlich viel zu großen, den Bedürfnissen der untergebrachten Menschen nicht entsprechenden Containerlagers in einem so kleinen Ort wurde seinerseits stets mit dem Druck der Landes- oder Bundesregierung versucht zu legitimieren.



Miro Zahra, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Allerdings haben weder Landes- noch Bundesregierung Ort und Größe der Anlage vorgegeben. **Das war die alleinige Entscheidung des Landkreises, dessen Suche nach Alternativen in keiner Weise überzeugend war.**

Das Beharren auf der Größe der Einrichtung war mehr als auffällig, auch in den Beratungen in den Ausschüssen. Diese öffentlich vorgetragenen Zweifel, die Situation grundsätzlich bewältigen zu können, hat die Angst in der Bevölkerung, ob die politischen Instanzen zur Lösung von komplexen Problemen überhaupt fähig sind, noch verstärkt.

Gewachsen ist die Angst vor den Fremden im Allgemeinen und der verstärkte Rechtsruck in unserer Gesellschaft. Alle wurden in diesem Zusammenhang instrumentalisiert: die Bevölkerung in und außerhalb von Upahl sowie wir als Kommunalpolitikerinnen und -politiker.

Die Saat der fremdenfeindlichen Stimmung ist aufgegangen, der Geist ist aus der Flasche und die Entwicklung lässt sich kaum noch zurückdrehen.

Einen kleinen Lichtblick in dieser verfahrenen Situation gibt es jedoch: Inzwischen formiert sich ein offenes zivilgesellschaftliches Netzwerk in Grevesmühlen und im Landkreis Nordwestmecklenburg.

Erste Begegnungen zwischen Einheimischen und Geflüchteten und gemeinsame Projekte werden organisiert, um Fremdenhass und Vorurteilen entgegen zu wirken. Das macht Mut.

Wer sich beteiligen möchte, kann sich bei Miro Zahra melden.

Vom Küstenfischer zum Sea Ranger – ein Beruf im Wandel *

Die Küstenfischerei ist ein uralter Beruf, denn seit die Menschheit die Küsten besiedelt, erfindet und verfeinert sie Methoden, sich das Meer als Nahrungsquelle zu erschließen.

Die technologische Entwicklung der letzten 100 Jahre führte allerdings auch in der Fischerei dazu, dass die natürlichen Ressourcen nicht mehr nachhaltig bewirtschaftet wurden. Überfischung war auch in der Ostsee ein treibender Faktor für die Abnahme der Bestände von Dorsch und Hering und sorgt nun in Verbindung mit Klimawandel und Eutrophierung dafür, dass diese Bestände aus Schutzgründen kaum noch befischt werden dürfen.

Nun sind allerdings die Küstenfischer für diesen Zustand am wenigsten haftbar zu machen, da sie im Gegensatz zur Hochseefischerei mit vorwiegend schonenden Fangmethoden nur einen geringen Beitrag zum Negativtrend bei den Fischbeständen leisten. Das führt an der deutschen Ostseeküste zu dem traurigen Ergebnis, dass die Zahl der Küstenfischer und ihr Nachwuchs schneller schrumpfen als die Fänge. 2023 lag die Zahl der Auszubildenden bei glatten 0. **Aber, muss das so sein und müssen Expertise und Wissen dieser Berufsgruppe wirklich verschwinden?** Die Antwort ist ein schlichtes „Nö“, denn im Meer gibt es viel zu tun. Gerade das Küstenmeer ist ein Raum in dem die vielfältigsten Aktivitäten zwischen Kommerz und Erholung in hoher Schlagzahl laufen. Es wird nicht nur gefischt und geangelt, sondern es wird gebaggert, deponiert, transportiert, es werden Windenergieanlagen gebaut, gewartet und bewirtschaftet. Land- und Flusseinträge aller Art werden hier dauerhaft oder in Schüben deponiert. Man findet Wracks, Geisternetze, Bomben- und Giftgasdeponien aber auch Wasser- und Bodenflächen, die für uns wichtige Funktionen der natürlichen Einlagerung, Umsetzung und Entgiftung der diversen Einlei-



Falk Pollehne,
Sachkundiger Einwohner

tungen zu einem Preis erledigen, den kein Entsorgungsbetrieb der Welt bieten kann.

Dazu ist die Küste ein dichter Verkehrsraum für dessen Nutzer es Regeln gibt, deren Einhaltung aber nicht oder ungenügend systematisch und engmaschig überwacht wird. Es gibt dafür zwar ein Netzwerk, dessen Maschen aber im Gegensatz zum Fischernetz eher löchrig sind. **Was aber fehlt, ist eine synoptische flächige Betrachtung des Gesamtsystems durch „geschultes Bodenpersonal“ vor Ort.** Denn wenn es zu für uns wichtigen Veränderungen im Küstenmeer kommt, gibt es bisher nur unzureichende flächige Beobachtungen um diese rechtzeitig zu erkennen. **Eine Truppe, die sich im Küstenmeer genauestens auskennt, die ihre eigenen Arbeitsmittel mitbringt und der auch bei 6 Windstärken auf See nicht schlecht wird, sind die Küstenfischer.** Sie könnten ein flächiges Monitoring durchführen inklusive Verhinderung, Eindämmung und Dokumentation von unerwünschten Eingriffen. Insgesamt also eine sinnvolle und notwendige Aufgabe, die an Land ganz selbstverständlich die Förster übernehmen. **Ab 2023 werden daher in einem Pilotprojekt von Fischereigenossenschaften und Land MV erst einmal Küstenfischer zum Fachwirt für Fischerei und Meeresumwelt weitergebildet.** Das soll später in einen Ausbildungsberuf übergehen, der gerade für umweltbewusste junge Menschen sehr attraktiv ist, da hier die Erhaltung eines gesunden Meeresökosystems im Vordergrund der Arbeit steht. Damit wird nicht nur eine Lücke in der Umweltüberwachung gefüllt, sondern auch ein traditionsreicher Beruf zu neuem Leben erweckt.

Wir unterstützen dieses innovative Projekt und wünschen den ‚Sea Rangers‘ alles Gute, viel Erfolg und immer reichlich Wasser unter dem Kiel.

Für eine Freiheit der Mobilität

Foto: Thomas Lam



Martin Kühl,
Sachkundiger Einwohner

Busse und Bahnen müssen für alle Bürger:innen eine verlässliche Alternative sein.

Unsere bündnisgrüne Fraktion setzt sich für den konsequenten Ausbau zeitgemäßer Mobilitätsangebote für alle Bürger:innen in Nordwestmecklenburg ein. Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. In der Stadt und auf dem Land: **Alle sollten die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welche Verkehrsmittel sie nutzen – das Auto, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder das Fahrrad.** Damit das möglich ist, muss neben dem Rad- und Wegenetz insbesondere der ÖPNV ausgebaut werden. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Mobilität für alle braucht Optionen

Rund ein Viertel der Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern besitzen kein Auto. Der ÖPNV ist für diese Menschen ein essenzieller Baustein, um mobil zu sein – damit sie zum Arzt, zum Einkaufen oder zum Vereinstreffen kommen. Und auch viele Menschen mit eigenem PKW nutzen den ÖPNV – je nach Situation und Wechseloption. Ein funktionierender Nahverkehr, der den Umstieg leichter macht, kann den Individualverkehr senken und damit einen Beitrag leisten, die gesetzlich verankerten Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen.

Für uns Grüne ist klar: Um den ÖPNV als verlässliche Option für alle Bürger:innen zu etablieren, muss es das Ziel sein, dass die Busse auf allen wesentlichen Überlandlinien im Einstundentakt fahren, auch in Randzeiten – unterfüttert von einem taktbasierten Rufbusssystem für die entlegenen Regionen. Spätfahrten sollten bis mindestens 23 Uhr angeboten werden, damit auch die ländliche Bevölkerung den ÖPNV nach der Spätschicht und zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Angebot der Städte nutzen kann. Auch Arbeitnehmende, die am Wochenende arbeiten, müssen morgens, mittags und abends pendeln können.

Für Umsteigende brauchen wir mehr „Mobilitätshubs“ – mit Lademöglichkeiten für elektrische Fahrräder und Autos an den Knotenpunkten des Zug- und Busverkehrs.

Die Zeit zu handeln ist jetzt

Die Anbindung Wismars an die Umlandgemeinden wurde bereits verbessert. Auch die Umwandlung des Schülertickets zum Deutschlandticket ist ein richtiger Schritt. Beides wurde von unserer Fraktion unterstützt.

Nun muss es weitergehen. Nordwestmecklenburg arbeitet derzeit an einem neuen Nahverkehrsplan, der die Leitplanken bis 2035 setzt. Einiges zeigt beim aktuellen Planungsstand in die richtige Richtung, darunter dichtere Taktzeiten und der Rufbusausbau – inklusive einer bedarfsgerechten, digitalen Streckenführung. Zusätzliche Landesmittel im Rahmen des Projektes Busnetz-MV erleichtern dies.

Wir unterstützen den Kreis dabei, jetzt weitere Weichen zu stellen. Dazu zählen das rasche Umsetzen der digitalen Bezahl-, Ticket- und Auskunftssysteme sowie bessere Anbindungen an die Metropolregion Hamburg, speziell Lübeck.

Der geplante Verkehrsverbund für das westliche Mecklenburg ist eine gute Grundlage, endlich auch die kreisüberschreitenden Verbindungen zu verbessern. Mehr Busse auf touristischen Routen und entlang der Gewerbe-Cluster stärken nicht nur den Standort, sondern bieten den Verkehrsbetrieben zusätzliche Einnahmepotenziale. Diese gilt es zu heben.

Zudem müssen Politik, Verwaltung und Busbetriebe im Schulterschluss den von EU-Direktiven geforderten **Umstieg kommunaler Busflotten auf alternative Antriebe forcieren.**

Fehler, Verfahren und Stimmungsmache

Seit bekannt wurde, dass in einem Gewerbegebiet in Uphl Container für die Unterbringung von Geflüchteten aufgestellt werden sollten, hat kaum eine Sitzung des Kreistages ohne Einlasskontrollen und Polizeieinsatz stattgefunden. Die Zahl der Demonstranten war anfänglich groß, sank dann aber stetig.

Der Bürgermeister und einzelne Bürger:innen aus Uphl durften im Einvernehmen mit dem Landrat und den Kreistagsmitgliedern in den regulären Kreistagssitzungen ihre Ängste und Bedenken vortragen. Aus Sicht der Grünen Kreistagsfraktion war das aus mehreren Gründen nachvollziehbar. Die Gemeindevertretung Uphl wurde de facto (zunächst) komplett übergangen, wie aus den Unterlagen und Protokollen der Gemeindevertretung hervorgeht. Der Kreistag in hatte in seiner Sitzung am 26. Januar 2023 beschlossen, die Unterbringung von etwa 400 Einwohnerinnen und Einwohnern schnellst möglich zu realisieren.

Die Grünen hatten zunächst einem Antrag der Linken zugestimmt, die Zahl der Flüchtlinge auf 200 zu reduzieren. Danach wurde die ursprüngliche Beschlussvorlage der Verwaltung mehrheitlich beschlossen. Die Einwohner:innen der Gemeinde Uphl wurden erst danach im Rahmen einer Einwohnerversammlung am 2. Februar 2023 informiert. **Der Unmut der letztlich betroffenen Einwohner:innen verwundert nicht.**

Nachdem die Gemeindevertretung versuchte, das Bauvorhaben durch rechtliche Schritte zu verhindern, wurde verwaltungsseitig gleich angekündigt, dass auch im Falle der Versagung des gemeindlichen Einvernehmens gleich mit beschlossen würde, dass keine Ausnahme zur Veränderungssperre zugelassen werde. Der Umgang mit der Bevölkerung in Uphl ist nicht dazu angetan, Ängste abzubauen. Er verstärkt darüber hinaus die Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie und der Verwaltung, was sich die AfD in den Kreistagsitzungen mehrfach zu Nutze gemacht hat.



Petra Kesper, gewählte Kreistagsmitglied

Im Ergebnis sprechen die durchweg ablehnenden und AfD-kompatiblen Parolen auf Plakaten entlang

der Ortsdurchfahrt in Uphl eine deutliche Sprache, wobei weder die Gemeindevertretung Uphl noch andere zuständige Stellen in Grevesmühlen eingeschritten sind, um diese Art von „Meinungsäußerung“ zu unterbinden.

Ein Plakat, dass für Toleranz und Vielfalt warb, wurde dagegen umgehend entfernt. Der Kreistagsfraktion wurde mitgeteilt, dass die Gemeindevertretung die Aufstellung von Plakaten einzeln genehmige.

Dies ist mitnichten der Fall. Am 13. Juli 2023, also gut ein halbes Jahr nach dem Aufstellen zahlreicher Plakate, hat die Gemeindevertretung über die Plakatierung auf oder an gemeindeeigenen Flächen beraten. Das Ergebnis: Es werden verschiedene Ansätze ohne konkretes Ergebnis dargestellt. Der Schlusssatz der Vorlage: „Für den Fall, dass die Plakatierung an oder auf gemeindeeigenen Flächen in der Gemeinde Uphl zukünftig geregelt werden soll, ist auch darüber zu befinden, wie mit der bereits vorhandenen Beschilderung/Plakatierung weiter zu verfahren ist.“

Unsere Fraktion wird darauf drängen, dass eine Klärung dieser Frage für alle Gemeinden im Kreis erfolgt und eine rechtliche Beurteilung erfolgt. **Aus unserer Sicht trägt die Plakatierung zu einer weiteren Verschärfung von Ängsten, Vorurteilen und Ausgrenzung der Geflüchteten bei.**

Dazu passt die Anbringung eines verschlossenen Zauns auf einem Geh- und Radweg, der einen direkten Zugang der Geflüchteten zum Dorf Uphl verhindert. Die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme sollte ebenfalls überprüft werden.

Gemeinsam auf nach 2024!

Die bündnisgrüne Fraktion im Kreistag Nordwestmecklenburg hat in der aktuellen Wahlperiode, die Mitte Jahres 2024 endet, schon viele Ziele auf kommunalpolitischer Ebene in den Bereichen ÖPNV, Integration, Bildung, Kultur, Digitalisierung, Umwelt, Klima und Soziales für Euch erreicht.

Auch in 2024 setzen wir uns auf kommunaler Ebene im Kreistag für die wichtigen Themen in Gesellschaft und Umwelt Euch ein.

Gern kommen wir mit unserer Fraktionssitzung auch in Eure Gemeinde und nehmen Themen vor Ort auf und mit in den Kreistag – unsere **Fraktionssitzungen sind** nämlich außerdem **immer öffentlich und jeder kann daran teilnehmen.**

Die Termine findet ihr auf unserer Website unter Aktuelles/Termine. Meldet Euch gern vorher bei uns, damit ihr sicher wisst, wo die nächste Sitzung stattfindet und dann **freuen wir uns auf Dich und Euch!**

Außerdem spenden unsere 6 gewählten Vertreter:innen seit der Erhöhung des Sockelbeitrages im Jahr 2019 einen Teil ihrer Kostenerstattungen an **gemeinnützige Vereine im Landkreis.**

So gingen in den letzten Jahren bündnisgrüne Spenden u.a. **an das Tierheim Dorf Mecklenburg, den Palliativ Care Hospiz Wismar e.V., Licht am Horizont e.V. und den Tierpark Wismar, an die Kita Stadtspatzen, die Förderschule Neukloster, das Renaissanceschloss Gadebusch, das Frauenhaus in Wismar, die Kulturgärtnerei Tressow, den Dialyse-Verein Wismar, den ASB Wunschbus, an ein Insektenhotelprojekt an der Hochschule Wismar, die Tafel in Grevesmühlen, die Dorfschule Wismarer Land, die Schatzhüter Dambecker Seen, die Diakonie Mosaikschule, an die Tafel Wismar, die DLRG für Mobile Jugendclubs, an die Ostsee-Schule Wismar, den Kutterklub sowie die Kita Pustebume, die Jagdfalken, an ein Spielplatzprojekt der Gemeinde Klein Trebbow, an die Jugendfeuerwehr in Groß Krankow, für Deutschkurse für Afghanische Frauen und an die Pfadfinder.**

Kennt auch Du einen gemeinnützigen Verein im Landkreis? Ihr seid herzlich eingeladen, mit einer kurzen Vorstellung Eures Projektes bei der Fraktion für ein Kennenlernen vorbeizukommen.

Meldet Euch gern für eine Terminvereinbarung unter untenstehenden Kontaktdaten **bei uns!**



Kontakt

Am Schilde 7A, 23966 Wismar

+49 179 3217782

www.gruene-fraktion-nwm.de

info@gruene-fraktion-nwm.de

gruene.nwm @gruene_nwm

Impressum

Herausgeber: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Kreistag Nordwestmecklenburg, 2023

Redaktion: Claudia Tamm, Miro Zahra,
Petra Kesper, Martin Kühl und Falk Pollehne
V.i.S.d.P.: Anna Pfau, Geschäftsführung
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Kreistag Nordwestmecklenburg